
Der Berliner NSDAP-Lokalfunktionär Karl Kasper – Eine exemplarische Karriere

Anja Hildebrandt



Anja Hildebrandt, M.A., geb. 1985 in Jena. Studium der Neuen und Neuesten Geschichte, Volkskunde, Kulturgeschichte und Erziehungs-

wissenschaft in Jena; 2010 Magistra Artium Friedrich-Schiller-Universität Jena; seit 2010 freie Mitarbeiterin in der Besucherbetreuung an der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Promotionsprojekt am Zentrum für Zeithistorische Forschung und der Universität in Potsdam „Alte Kämpfer‘ in Berlin. Lebens- und Karriereverläufe lokaler NS-Funktionäre (1926-1960)“.

Abstract

Karl Kasper was one out of the total of 102 NSDAP city council members and district leaders. These local NS functionaries had joined the Party long before 1933 and thus counted among the “Alte Kämpfer” (veterans) of the National Socialist movement. By granting them responsible positions in the hierarchies of Party and administration, the NSDAP allowed them to enforce and co-shape the dictatorship in the centre of power, thus improving their social status. These “Alte Kämpfer” served as opinion formers and links of the Party to the populations of the big cities, to local administrations and business. By the example of Karl Kasper’s biography the contribution demonstrates exemplarily the specific social profile, the career paths and networks of Berlin city council members and district leaders. It demonstrates that making careers in a variety of fields as well as the possibility of extensive networking was a privilege of local NS functionaries in Berlin.

„Ich habe nie eine mir eingegangene Denunziation weitergegeben. Bei Betriebsappellen habe ich in erster Linie darauf hingewiesen, dass untereinander Kameradschaft gehalten werden sollte. Weiter habe ich über technische und wirtschaftliche Fragen gesprochen. Es war nicht zu vermeiden, dass ich auch Politisches gesprochen habe, von Pflichterfüllung, Durchhalten usw. [...] Dass ich auch Politisches gesprochen habe, gebe ich ohne Weiteres zu. [...] Ich war Gauamtsleiter und unterstand im Gau Berlin Dr. Goebbels. Fachlich technisch unterstand ich der Reichsleitung des Amtes für Technik.“¹

Am 12. August 1953 saß Karl Kasper in der Verhandlung seines Sühneverfahrens vor der Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf und gab diese Worte zu Protokoll. Kasper rechtfertigte in seiner Aussage die von ihm im Nationalsozialismus ausgeübten Funktionen und Ämter. Vom 31. Dezember 1937 bis zum 8. Mai 1945 war er „Erster Werkleiter“ der Berliner städtischen Wasserwerke und Vor-

1 Verhandlungsprotokoll vom 12. 8. 1953 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

standsmitglied in den Charlottenburger Wasser- und Industrierwerken. Im Januar 1941 stieg er zum „Ersten Technischen Direktor“ dieses Versorgungsbetriebes auf. Neben seiner hohen Position in der Kommunalwirtschaft Berlins machte Kasper innerhalb der NSDAP Karriere. Von 1934 bis 1945 leitete er sowohl das Amt für Technik als auch die kommunalwirtschaftliche Abteilung des Amtes für Kommunalpolitik im Gau Berlin.²

Kasper war einer von insgesamt 102 NSDAP-Stadtverordneten und -Kreisleitern in Berlin, die noch vor der nationalsozialistischen Machteroberung der Partei beigetreten waren und die NS-Diktatur in der Reichshauptstadt flächendeckend durchsetzten. Nach 1933 gehörten diese „Alten Kämpfer“ der NSDAP zur städtischen Partei und Verwaltungselite.³ In ihren neuen Funktionen als Bezirksbürgermeister, Stadträte, NSDAP-Kreisleiter und Leiter von Gauparteidienststellen stabilisierten sie an der Schnittstelle von Parteiführung und Großstadtbevölkerung das nationalsozialistische System über 12 Jahre hinweg.

Karl Kasper und seine Mitstreiter der ersten Stunde waren entscheidende Wegbereiter und Gestalter des Nationalsozialismus in der Reichshauptstadt auf der lokalen Ebene. Dennoch fehlt bislang eine empirisch fundierte Studie zur Berliner NSDAP und ihren „Politischen Leitern“, die folgende Fragen ins Zentrum der Analyse stellt: Wer waren die frühen NS-Lokalfunktionäre in Berlin? Was war ihr spezifisches soziales Profil? Wie verliefen ihre beruflichen und politischen Karrieren? Welche Rolle spielte ihre Vernetzung dabei? Und wie wirkten sich ihre Funktionen im Nationalsozialismus auf ihr Leben nach 1945 aus? Diese Fragen sollen mittels eines kollektivbiografischen Ansatzes im Folgenden beantwortet werden. Ziel dieses Beitrages ist es, die Leitfragen exemplarisch am Lebens- und Karriereverlauf des Berliner Altparteimitgliedes Karl Kasper zu untersuchen.

Der Aufsatz schildert zunächst Kaspers beruflichen Werdegang und politische Sozialisation bis zu seinem Eintritt in die Berliner NSDAP im Jahr 1925 (I). Er erläutert Kaspers Funktion während der nationalsozialistischen Machtergreifung und zeigt, welchen Einfluss diese auf seine Karriere nach 1933 hatte (II). Daran anschließend schildert er, wie Kasper als Gauamtsleiter für Technik und als Direktor der städtischen Wasserwerke zur Mobilisierung der „Volksgemeinschaft“ für die Ziele des Nationalsozialismus beitrug und damit seine soziale Position stärkte (III). Abschließend wird aufgezeigt, wie sich sein Leben nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur im geteilten Deutschland der 1950er Jahre entwickelte (IV).

2 NSDAP-Personalunterlagen Karl Kasper (BArch, PK F 0295, Bl. 443); Paul C. W. Schmidt (Hg.), *Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich der Direktoren und Aufsichtsräte*, Berlin 1941/42, S. 462.

3 Siehe zur Definition und Geschichte des zeitgenössischen Begriffs „Alter Kämpfer“ Hermann Weiß, „Alte Kämpfer“. In: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, S. 358, Sp. 2.

Die Forschung zur Geschichte Berlins im Nationalsozialismus konzentrierte sich bislang vordergründig auf die Funktion der Stadt als Regierungssitz und die reichsweit bedeutenden NS-Spitzenfunktionäre. Erst die jüngst erschienenen Sammelbände von Hachtmann/Schaarschmidt/Süb und Wildt/Kreutzmüller rücken die lange vernachlässigte Stadt- und Gesellschaftsgeschichte Berlins wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit.⁴ Erste Studien zu den institutionellen Anfängen und der Machteroberung der NSDAP in Berlin veröffentlichten Martin Broszat in den 1960er und Gerhard Neuber in den 1970er Jahren.⁵ Seit Mitte der 1980er Jahre wandte sich die Forschung der NS-Machtergreifung in den einzelnen Bezirken und der nationalsozialistischen Kommunalpolitik zu.⁶ In diesen Studien ist die Ereignisgeschichte von den sie bestimmenden Akteuren weitestgehend entkoppelt. Äußerst erkenntnisleitend und verdienstvoll sind die Aufsätze von Jürgen W. Falter/Christa Niklas-Falter und Werner Fischer zur Genese der sozialen Struktur von NSDAP-Mitgliedern sowie „Politischen Leitern“ im Gau Berlin zwischen 1933 und 1939.⁷ Ihre quantitativen Forschungen können als Fundament für qualitative Studien zu den Berliner Funktionären, ihren Lebensverläufen und Tätigkeiten im NS-System dienen. Bislang existiert jedoch nur ein Aufsatz dieser Art zum Berliner Stadtpräsidenten Julius Lippert und seiner Bedeutung für die „Machtergreifung“ sowie zur Herrschaftssicherung der NSDAP in der Metropole.⁸

-
- 4 Rüdiger Hachtmann/Thomas Schaarschmidt/Winfried Süß (Hg.), *Berlin im Nationalsozialismus. Politik und Gesellschaft 1933-1945*, Göttingen 2011; Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013.
 - 5 Martin Broszat, *Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/1927*. In: VfZ, 8 (1960), S. 85-118; Gerhard Neuber, *Faschismus in Berlin. Entwicklung und Wirken der NSDAP und ihrer Organisationen in der Reichshauptstadt 1920-1934*, Diss. phil. masch., Berlin (Ost) 1976.
 - 6 Siehe Hans-Norbert Burkert/Klaus Matussek/Wolfgang Wippermann (Hg.), *„Machtergreifung“ Berlin 1933*, 2. Auflage Berlin (West) 1984; Christian Engeli, *Die nationalsozialistischen Kommunalpolitiker in Berlin*. In: *Berlin Forschungen*, 2 (1987), S. 111-139; Karl-Heinz Metzger (Hg.), *Kommunalverwaltung unterm Hakenkreuz. Berlin-Wilmersdorf 1933-1945*, Berlin 1992.
 - 7 Jürgen W. Falter/Christa Niklas-Falter, *Die parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse aus dem Gau Groß-Berlin*. In: Thomas Nipperdey/Anselm Doering-Manteuffel/Hans-Ulrich Thamer (Hg.), *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag*, Frankfurt a. M. 1993, S. 175-203. Werner Fischer, *Zur Entwicklung des Gaus Berlin, der NSDAP und seiner Politischen Leiter 1933-1939*. In: Manfred Weißbecker/Reinhard Kühnl (Hg.), *Rassismus, Faschismus, Antisemitismus. Forschungen und Betrachtungen gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag*, Köln 2000, S. 178-202.
 - 8 Christoph Kreutzmüller/Michael Wildt, *„Ein radikaler Bürger“*. Julius Lippert - Chefredakteur des „Angriff“ und Staatskommissar zur besonderen Verwendung in Berlin. In: Hachtmann/Schaarschmidt/Süb, *Berlin*, S. 19-38.

I. Der Karrierestart – Aus der böhmischen Provinz zur NSDAP Berlin (1887–1925)

Noch vor Beginn des 20. Jahrhunderts wurde Berlin als bedeutender Industriestandort mit einem großen Dienstleistungssektor von einer gewaltigen Zuwanderung geprägt. Zahlreiche Arbeitssuchende aus den ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen Mittel- und Ostdeutschlands siedelten sich in der Metropole und seinem Umland an. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Berlin rund zwei Mio. Menschen. Damit hatte sich die Einwohnerzahl seit 1871 mehr als verdoppelt.⁹ In dieser Zeit zog es auch Karl Kasper in die wachsende Großstadt. Im Januar 1913 begann er als Ingenieur im Apparate- und Schaltanlagenbau bei den SIEMENS-Schuckert-Werken in Berlin-Charlottenburg zu arbeiten. Er kannte die Stadt bereits gut. Nach seinem Realschulabschluss in der böhmischen Kleinstadt Trautenau im Jahr 1904 zog er im Alter von 17 Jahren nach Berlin. Hier sammelte er fünf Jahre lang praktische Erfahrungen als Arbeiter und Volontär in verschiedenen Textil- und Maschinenfabriken. Diese Lehrjahre animierten den Sohn eines Schlachtermeisters dazu, sich weiter zu qualifizieren. An einer der größten Ingenieursschulen Deutschlands, dem Technicum in Mittweida, studierte Kasper von 1909 bis 1913 Elektrotechnik. Unmittelbar nach seinem Abschluss an dieser Lehranstalt für höhere Angestellte kehrte er nach Berlin zurück.¹⁰

Kasper war einer von vielen Lokalfunktionären, die der NSDAP in Berlin beitraten und sie tatkräftig unterstützten, aber nicht dort geboren wurden. Nur fast jeder Fünfte von ihnen stammte ursprünglich aus der Reichshauptstadt. Die Mehrheit dieser Altparteimitglieder war in den preußischen Provinzen beheimatet, bevor sie nach Berlin gingen. Wenige von Ihnen wuchsen im Herzogtum Braunschweig sowie den Königreichen Sachsen und Bayern auf. Immerhin jeder Zehnte wurde außerhalb des Deutschen Reiches geboren. Diese kamen aus der Schweiz, Brasilien und – wie Kasper – aus Österreich-Ungarn.¹¹ In ihrer heterogenen geografischen Herkunft unterschieden sich die Berliner Stadtverordneten und -Kreisleiter deutlich von ihren gleichgesinnten Mitstreitern in anderen deutschen Regionen. Denn die NSDAP-Kreisleiter in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren mehrheitlich in der Region politisch tätig, in der sie geboren wurden.¹²

9 Ingrid Thienel, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung. Berlin zwischen 1850 und 1914. In: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, 4 (1977), S. 55–84, hier 65.

10 Lebenslauf von 1950 und 1953 (BStU, Abt. XII RF 101, S. 2, 4, 7. LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

11 Dazu und im Folgenden demnächst meine Dissertation „Alte Kämpfer‘ in Berlin. Lebens- und Karriereverläufe lokaler NS-Funktionäre (1926–1960)“.

12 Christine Arbogast, Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920–1960, München 1998, S. 156–197; Claudia Roth, Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer

Wer von den NS-Stadtverordneten und -Kreisleitern nicht in Berlin geboren wurde, zog – wie Kasper – vorwiegend aus beruflichen Gründen nach Berlin. Fast 70 Prozent von ihnen siedelten sich im Zeitraum ab Ende des Ersten Weltkrieges 1918/19 bis in die Mitte der 1920er Jahre in der Reichshauptstadt an, um nach dem Einsatz im Krieg entweder eine Berufsausbildung zu beginnen oder wieder beruflich Fuß zu fassen. Auch Kasper diente ab 1916 als Soldat und Feldwebel bei einer technischen Truppe an der Front. Im Alter von 32 Jahren kehrte er 1919 nach Berlin zurück und machte sich als Ingenieur selbstständig. Er verwertete Patente auf dem Gebiet der Wärmewirtschaft und vertrieb Apparate für Dampfkessel- und Zentralheizungsanlagen. Im Auftrag einer Tochterfirma des I.G. Farben-Konzerns exportierte er Textilmaschinen. Seit 1929 wirkte sich die Wirtschaftskrise auf sein Geschäft negativ aus. Seine Einkünfte verringerten sich. Trotzdem beschäftigte er pro Jahr bis zu drei Angestellte für durchschnittlich sechs bis acht Monate.¹³

In den 1920er Jahren bestimmten die schwache Wirtschaftsentwicklung, soziale Gegensätze und der anwachsende politische Extremismus den Alltag in der Reichshauptstadt. Die Zahl der Arbeitslosen lag deutlich über dem preußischen und reichsweiten Durchschnitt. Doch die Mehrheit der Berliner Altparteifunktionäre lebte in diesen Jahren – wie Kasper – in relativ gesicherten sozialen Verhältnissen. Nur ein geringer Prozentsatz von ihnen war kurzzeitig ohne eine Anstellung oder einen regelmäßigen Verdienst. Ihre Arbeitslosigkeit dauerte im Durchschnitt nur wenige Monate bis zu maximal einem Jahr an.

Kasper zählte zu den rund 20 Prozent der Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleitern, die eine höhere Fachschule oder eine Universität erfolgreich besuchten. Viele von ihnen waren promoviert. Die Mehrheit der Untersuchungspersonen hatte eine kaufmännische Ausbildung absolviert. Damit waren die kaufmännischen Angestellten unter den NS-Funktionären im Vergleich zur Berliner Bevölkerung deutlich überrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter zählten zur weit gefassten Kategorie der Arbeiter. Der Arbeiteranteil unter ihnen lag damit deutlich unter dem Berliner Durchschnitt.¹⁴ Die spezifische Gruppe der Berliner Altparteifunktionäre war damit durchschnittlich höher qualifiziert als die Kreisleiter in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.¹⁵ Im Unterschied zu den Kreisleitern in Bayern

Berücksichtigung Bayerns, München 1997, S. 192–193; Wolfgang Stelbrink, Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang, Münster 2003, S. 320; Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, S. 54–56.

- 13 Schreiben Kasper an Berliner Polizeipräsidenten vom 24. 9. 1931 (LAB, A Pr. Br. Rep. 030–06, Nr. 2589).
- 14 Im Jahr 1925 zählten 27,8 % der Berliner zur Kategorie der Angestellten und Beamten. Der Arbeiteranteil lag bei 41,3 %. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Hg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1927, S. 9.
- 15 Stelbrink, Kreisleiter, S. 308. Lehmann, Kreisleiter, S. 36.

und Baden-Württemberg waren sehr wenige von den Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleitern als Beamte im öffentlichen Dienst beschäftigt.¹⁶ Auch übten im reichsweiten Vergleich nur einige von ihnen den Lehrerberuf aus. Unter den Funktionären in der Industriemetropole waren die landwirtschaftlichen Berufe im Vergleich zu den agrarisch geprägten Regionen im Süden und Norden des Reiches erwartungsgemäß deutlich unterrepräsentiert.¹⁷

Die Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter gehörten mehrheitlich nicht zu der Gruppe von frühen Parteimitgliedern, die vor der „Machtergreifung“ sozial randständig oder deklassiert waren. Der Werdegang von Karl Kasper ist ein Beispiel von vielen, die diese Erkenntnis stützen. Die „Alten Kämpfer“ sind bislang als spezifische Mitgliedergruppe der NSDAP wenig erforscht. Die Untersuchungen zur Genese sowie sozialen Zusammensetzung der NSDAP und SA vermitteln bislang ein Bild vom „Alten Kämpfer“ als sozialem Absteiger und frustriertem Schläger. Aus sozial unsicheren Verhältnissen kommend, sei er den sozialpolitischen Verheißungen der Nationalsozialisten erlegen. Mit der Unterstützung der Partei und der SA erhoffte er sich, so der Forschungstenor, eine wirtschaftliche Besserstellung. Nach 1933 sei er jedoch von den neuen, zahlreich in die Partei einströmenden Mitgliedern aus verantwortlichen Positionen verdrängt und sozial enttäuscht worden.¹⁸

Die Lebens- und Karriereverläufe der sehr früh in die NSDAP eingetretenen Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter korrigieren dieses Meinungsbild. Zu fragen bleibt, welche Lebensumstände und Motivationen diese „Alten Kämpfer“ dazu veranlassten, der jungen und gewalttätigen rechtsextremen Splitterpartei beizutreten.

Kasper meldete sich 1925 bei der neugegründeten NSDAP-Ortsgruppe Berlin an. Er war zu diesem Zeitpunkt bereits 38 Jahre alt. So jugendlich, wie die Bewegung laut NSDAP-Mitgliederforschung gewesen sei, war die Gruppe der Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter nicht mehr.¹⁹ Sie traten mit durchschnittlich 33 Jahren der Partei bei. Daraus folgt, dass die Mehrheit von ihnen vor ihrem Dienst für die Partei sozial etabliert und politisch vorsozialisiert war. Sie hatten Lebenserfahrung gesammelt, ein gefestigtes Selbstbild und

16 Roth, Parteikreis, S. 182–190; Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 130.

17 Roth, Parteikreis, S. 183; Lehmann, Kreisleiter, S. 37 f.

18 Detlef Humann, „Alte Kämpfer“ in der neuen Zeit. Die sonderbare Arbeitsvermittlung für NS-Parteigänger nach 1933. In: VSWG, 98 (2011) 2, S. 173–194; Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2002; Christoph Schmidt, Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP. In: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 21–43.

19 Michael H. Kater, *The Nazi Party. A Social Profile Of Members And Leaders 1919–1945*, Oxford 1983; Paul Madden/Detlef Mühlberger, *The Nazi Party. The Anatomy of A People's Party, 1919–1933*, Oxford 2007. Jürgen Falter/Michael H. Kater, Wähler und Mitglieder der NSDAP. Neue Forschungsergebnisse zur Soziographie des Nationalsozialismus 1925 bis 1933. In: GG, 19 (1993) 2, S. 155–177.

gewachsene gesellschaftspolitische Ideen entwickelt. Kasper zählte zu einer Mehrheit unter den Berliner „Alter Kämpfern“, welche die NSDAP bereits vor ihren ersten Erfolgen in den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 unterstützte. Bevor diese Männer der Partei beitraten, waren sie schon seit jungen Jahren vielfältig politisch interessiert und aktiv. Sie waren Mitglieder in Arbeitnehmerorganisationen, Berufsverbänden, völkischen und antisemitischen Parteien oder Kampfverbänden sowie in studentischen Verbindungen. Die Mehrheit dieser Berliner Altparteimitglieder begann ihre politische Karriere im Zeitraum vom Ende des Ersten Weltkrieges bis Anfang der 1920er Jahre. Damit waren sie im Durchschnitt bereits zwei bis drei Jahre vor ihrem Beitritt zur NSDAP in der völkisch-nationalistischen und antisemitischen Bewegung eingebunden und vernetzt. Bei einer Minderheit unter den Berliner „Alten Kämpfern“, die zwischen dem 14. September 1930 und dem 30. Januar 1933 der Partei beigetreten waren, lässt sich hingegen keine vorherige politische Aktivität nachweisen.

Kasper war kein vordergründig politisch denkender oder sozial engagierter Mensch. Sehr stark prägten ihn das gesellschaftspolitische Umfeld seiner Kinder- und frühen Jugendjahre sowie seine Lehrzeit an der höheren Fachschule. Er wurde 1887 geboren und wuchs in der nordostböhmischen Kleinstadt Trautenauf auf. In dieser überwiegend von Deutschen besiedelten Stadt lebte eine kleine tschechische Minderheit. Im Zusammenleben der Einwohner Trautenaus kam es seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend zu Spannungen und Konflikten zwischen den beiden Nationalitäten. Dieses bevölkerungspolitische Klima fokussierte Karl Kasper sehr stark auf sein Sudetendeutschtum und formte seine nationalistische Gesinnung. Nach seinem Schulabschluss sah er seine Zukunft im Deutschen Reich. Seit 1905 arbeitete er in Berlin als Praktikant in Maschinen- und Textilfabriken. Anschließend qualifizierte er sich an der Fachschule für Ingenieure in Sachsen weiter und diente als Soldat dem Deutschen Reich im Ersten Weltkrieg. Dass Nationalstolz in seinem Denken eine zentrale Rolle spielte, zeigen die Akten zu seinem Einbürgerungsverfahren. 1930 beantragte Kasper die Preußische Staatsangehörigkeit. Die Einbürgerung war ein langer Prozess, der kurzzeitig zu scheitern drohte. Angesichts der großen Not und der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland standen die Behörden Anfang der 1930er Jahre den Einbürgerungen von Ausländern sehr kritisch gegenüber. Erst nach der „Machtergreifung“ Hitlers erwarb Kasper im Februar 1933 die Preußische Staatsangehörigkeit. In der Begründung hieß es, Karl Kasper sei ein „wünschenswerter Zuwachs“ für die deutsche Bevölkerung. Damit war gemeint, dass er deutscher Abstammung war, die deutsche Muttersprache beherrschte, im Deutschen Reich wohnte und dort ein festes Einkommen bezog. Besonders positiv hervorgehoben wurde, dass Kasper in der Vergangenheit „nur mit Deutschen verkehrte“ und in Vereinen aktiv gewesen war, „die in einem besonderen Maß deutschen Interessen dienen“.²⁰

20 Bericht 177. Berliner Polizeirevier vom 20. 11. 1930 (LAB, A Pr. Br. Rep. 030-06, Nr. 2589).

In seinen Studienjahren am Technicum in Mittweida wurde er Mitglied im „Verbund deutscher Zivilingenieure“ und pflegte Kontakt zur Burschenschaft Teutonia. Dort verfestigte sich sein nationalistisches Denken. Inwieweit die von den Burschen getragene völkisch-imperiale Ideologie und der rassistische Antisemitismus von ihm rezipiert und verinnerlicht wurden, lässt sich aus den Quellen nicht bestimmen.²¹ Sie zeigen aber, dass die sozialen Verhaltensmuster und Erscheinungsformen der Verbindung sein Selbstbild und seine politische Praxis nachhaltig prägten. Besonders das unter den Burschen beschworene Leitbild des „Kämpfers“ beeinflusste sein Selbstverständnis als NSDAP-Funktionär sehr stark. Innerhalb der Teutonia lernte er, sein individuelles Empfinden einer Gruppennorm zu unterstellen, selbstbeherrscht, standfest, mutig und diszipliniert zu sein. Kasper lebte und verinnerlichte innerhalb der burschenschaftlichen Hierarchie die dort gepflegten Vorstellungen von Männlichkeit, Opferbereitschaft und Zusammengehörigkeit.²²

Die alten Kontakte aus seiner Studienzeit sollen Kasper dazu veranlasst haben, in die NSDAP einzutreten. Zu den Umständen und indirekten Motiven seines Beitritts äußerte er sich im April 1950 vor dem Landgericht Chemnitz. Auch in Berlin, so Kasper, habe er in den Jahren von 1920 bis 1925 zu seinen ehemaligen Kommilitonen Kontakt gehalten. Als diese sich der NSDAP zugewandt hätten, habe er sich auch mit den Zielen der Partei auseinandergesetzt. Weil er sich mit diesen einverstanden erklärte, habe er sich bei der Ortsgruppe Berlin angemeldet und sich aktiv in wirtschaftlichen Fragen und bei Propagandamaßnahmen beteiligt. Mit welchen konkreten Zielen er sich einverstanden erklärte, gab er 1950 nicht zu Protokoll.²³

Am Lebensverlauf von Karl Kasper bis zu seinem Beitritt zur NSDAP zeigt sich: Die meisten Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter begannen ihre beruflichen Karrieren außerhalb der Reichshauptstadt. Sie fassten nach dem Ersten Weltkrieg in der Großstadt beruflich Fuß und etablierten sich gesellschaftlich. In dem politisch und sozial stark angespannten Klima dieser Jahre beteiligten sich viele in konservativen, rechtsextremen und militärisch geprägten Verbänden. Ausgehend von diesen sehr dynamischen völkischen und antisemitischen Netzwerken führte sie ihr Weg seit Mitte der 1920er Jahre hinein in die noch junge NSDAP.

21 Zentrale Quellen sind die NSDAP Personalakten aus dem Berlin Document Center, Tätigkeitsberichte Kaspers aus den Beständen der Hauptämter für Kommunalpolitik und für Technik im Bundesarchiv sowie der Zeitschrift „Berliner Kommunale Mitteilungen“, nach 1945 verfasste Lebensläufe und Erinnerungen aus Kaspers Spruchgerichtsakte sowie seiner Prozessakte bei der BStU.

22 Vgl. Dietrich Heither, *Verbündete Männer. Die deutsche Burschenschaft. Weltanschauung, Politik und Brauchtum*, Köln 2000.

23 Kaspers Stellungnahme zur Sache von 1950 (BStU, Abt. XII RF 101, Bl. 10).

II. Das Karrieresprungbrett – Vom Ortsgruppenleiter zum NS-Stadtverordneten (1925–1933)

Als Karl Kasper im Juli 1925 in die NSDAP Berlin eintrat, zählte der kleine Parteiverein in der Reichshauptstadt noch nicht einmal 500 Mitglieder.²⁴ Viele von ihnen kamen aus den verschiedenen aufgelösten Freikorps- und Wehrverbänden und versammelten sich in der neu gegründeten NSDAP-Ortsgruppe. Die internen Konflikte zwischen der SA und der Parteiführung behinderten den Vormarsch der rechtsextremen Partei im mehrheitlich links regierten Berlin zusätzlich. Die Reichshauptstadt war ein Zentrum der Arbeiterbewegung und damit eine große Herausforderung für die NSDAP.

Erst Joseph Goebbels gelang es, die zersplitterte Partei zu straffen und weiter aufzubauen. Seit November 1926 war er Gauleiter von Berlin und verfolgte hartnäckig die Eroberung der Stadt.²⁵ Er nahm die stark antirepublikanische und antimonarchistische Stimmung der Berliner Bevölkerung auf und richtete seine Agitation speziell auf die Arbeiterschaft aus. SA- und SS-Verbände marschierten regelmäßig durch die Arbeiterviertel der Berliner Bezirke und provozierten mit ihren Parolen lautstark die Kommunisten. Sie pöbelten in inszenierten Massenkundgebungen gegen den politischen Gegner und erlangten durch brutale Übergriffe öffentliche Aufmerksamkeit. Die von Goebbels gegründete Berliner Parteizeitung „Der Angriff“ und die städtische Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ berichteten ausführlich von den zunehmenden brutalen Zusammenstößen zwischen KPD-Anhängern und NSDAP-Mitgliedern Ende der 1920er Jahre. Trotz eines einjährigen Parteiverbots 1927/28 gelang es der bedeutungslosen rechtsextremen Gruppierung auf diese Weise neue Mitglieder und Wähler zu gewinnen.²⁶

Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929 war ein Meilenstein in der Entwicklung der Berliner NSDAP. Mit einem Ergebnis von 5,8 Prozent zogen erstmals 13 NS-Abgeordnete in das Stadtparlament ein. Damit hatten sich die Stimmen für die NSDAP in Berlin seit den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 mehr als verdreifacht. In Zeiten der Wirtschaftskrise und erschütternder Korruptionsaffären hatten die öffentlichkeitswirksamen Propagandamaßnahmen und radikalen Wahlkampfmethoden der Partei Wirkung gezeigt. Auch wenn die Berliner Parteiorganisation in den Reichs- und Landtags-

24 Christian Engeli/Wolfgang Ribbe, Berlin in der NS-Zeit (1933–1945). In: Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichte Berlins, Band 2: Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, 3. Auflage Berlin 2002, S. 926–1024, hier 928.

25 Vgl. Peter Longerich, Goebbels. Biographie, München 2010.

26 Vgl. Oliver Reschke/Michael Wildt, Aufstieg der NSDAP in Berlin. In: Wildt/Kreutzmüller, Berlin, S. 19–31; André König, Köpenick unter dem Hakenkreuz. Die Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin-Köpenick, Mahlow 2004; Bernd Kruppa, Rechtsradikalismus in Berlin 1918–1928, Berlin (West) 1988.

sowie Stadtverordnetenwahlen bis 1933 mit ihren Ergebnissen stets unter dem Reichsdurchschnitt lag, wuchs ihr Einfluss in der Stadt kontinuierlich an.²⁷

Kasper lebte zu diesem Zeitpunkt im Berliner Bezirk Schöneberg und leitete dort eine NSDAP-Ortsgruppe. Schöneberg war neben Steglitz und Wilmersdorf einer der bürgerlichen Stadtbezirke, in denen die Partei stadtweit die höchsten Wahlergebnisse erzielte.²⁸ Kasper war seit den späten 1920er Jahren als NSDAP-Gauredner im Einsatz. Seine rednerischen Fähigkeiten stellte er regelmäßig auf Mitgliederversammlungen inner- und außerhalb Berlins unter Beweis. Sein rhetorisches Talent nutzte die Parteiführung für ihren parlamentarischen Feldzug aus. 1929 wurde er in die Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Neben den zahlreichen SA- und Parteimitgliedern, die den politischen Gegner auf der Straße gewaltsam bekämpften, verhalf eine kleine Funktionselite der NSDAP, sich auf scheinbar „legale“ Weise in den Bezirksverordneten- und Stadtparlamenten zu etablieren. Diese „parlamentarischen Soldaten“ kämpften rhetorisch im durch Immunität geschützten Raum für die nationalsozialistische Machteroberung. In diesem größten deutschen Länderparlament bemühte sich die kleine NSDAP-Fraktion in ihren Anträgen und Anfragen den sozialdemokratisch dominierten Magistrat sowie seine Vertreter zu diffamieren und für die krisenhafte wirtschaftliche Situation Berlins verantwortlich zu machen.²⁹ Wie einer von diesen ersten 13 NSDAP-Stadtverordneten sich 1937 erinnerte, „gingen [sie] nur in diese Einrichtungen hinein, um sich im Arsenal der Demokratie der Waffen zu bemächtigen, mit denen sie einmal der Demokratie den Garaus machen konnten.“³⁰ Die Tagespresse kommentierte die Selbstdarstellungen der NSDAP-Fraktion regelmäßig und verschaffte der Partei eine zunehmend breitere Öffentlichkeit. Diese propagandistische Strategie der Nationalsozialisten lähmte die parlamentarische Arbeit und schwächte das Vertrauen der Berliner in die Republik. Auf diese Weise konnte die Berliner NSDAP die republikfeindlichen und extremistischen Stimmen aus dem bürgerlichen sowie rechten Lager in der Stadt an sich binden und für sich mobilisieren.

In der letzten Reichstagswahl vor der „Machtergreifung“ Hitlers am 6. November 1932 erzielte die NSDAP in Berlin 26 Prozent der Stimmen. Damit hatten sich ihre Wahlergebnisse seit den Kommunalwahlen 1929 beinahe verfünffacht.³¹ Die nächste Stadtverordnetenwahl am 12. März 1933 war bereits keine freie Wahl mehr. Seit dem 30. Januar 1933 erschwerten und behinderten die

27 Otto Büsch/Wolfgang Haus, *Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933*, Berlin (West) 1987, S. 105 f., 355.

28 Ebd., S. 350 f.

29 Vgl. zu den Debatten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung 1930 bis 1933: LAB, A Rep. 000-02-01, Nr. 259, 300-302,304; Gerhard Habermacher, *Stadtverordnete machten Geschichte(n)*. Aus Protokollen der Stadtverordnetenversammlung 1903–1933, Berlin (West) 1971, S. 97–113.

30 Waldemar Wenzel, *Berlins 13 Nazi-Stadtverordnete. Kampfzeit und Aufbau*. In: *Amtsblatt der Reichshauptstadt. 700 Jahre Berlin 1937*, S. 25–27, hier 26.

31 Büsch/Haus, Berlin, S. 355.

Nationalsozialisten den Wahlkampf der Kommunisten und der republikanischen Parteien. Sie verfolgten insbesondere die Abgeordneten der KPD und SPD. Diese wurden zeitweise festgenommen und gezwungen, ihre Mandate niederzulegen. Trotz dieser Maßnahmen verfehlte die NSDAP in der Kommunalwahl 1933 mit 38,3 Prozent die absolute Mehrheit.³² Sie zog mit 86 Abgeordneten in das Stadtparlament ein und bildete darin die stärkste Fraktion. Nachdem sie die Stadtverordneten der KPD von der Teilnahme an den Parlamentssitzungen ausgeschlossen hatte, erreichte sie in der Koalition mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot die absolute Mehrheit.

Einer der 1933 neu gewählten NSDAP-Stadtverordneten war Karl Kasper. In den sieben Sitzungen bis zur offiziellen Abschaffung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni 1934 war er mitverantwortlich für die „Gleichschaltung“ des Parlaments, der Berliner Kommunalverwaltung und der Verfolgung sämtlicher demokratischer Abgeordneter.³³

Das Stadtverordnetenmandat war für Kasper und die 85 weiteren NSDAP-Abgeordneten eine Auszeichnung für ihre langjährigen Dienste im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung. Als „Politische Leiter“ auf der unteren und mittleren Ebene hatten sie sich innerhalb ihres Wohnbezirks und Parteikreises durch ihre rednerischen oder schriftstellerischen Fähigkeiten verdient gemacht und Respekt verschafft. Die Mehrheit musste ihre Anstellungsverhältnisse mit dem zeitaufwendigen ehrenamtlichen Parteidienst vereinbaren. Diese Mühen und zeitlichen Opfer konnten sich mit der Annahme des Stadtverordnetenmandates für sie auszahlen. Es begünstigte ihren sozialen Aufstieg teilweise weit über ihre persönlichen Qualifikationen und Fähigkeiten hinaus. Rund 60 Prozent der NSDAP-Stadtverordneten von 1929 und 1933 profitierten von den für sie neu entstandenen Kontakten innerhalb der Stadtverwaltung. Besonders ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem zeitweiligen Vorsitzenden der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion Julius Lippert war dabei entscheidend. Lippert war seit März 1933 als „Staatskommissar zur besonderen Verwendung“ für die politisch-rassistische „Säuberung“ der Stadtverwaltung zuständig.³⁴ Mit seiner Unterstützung übernahm die Mehrheit der NS-Stadtverordneten im Frühjahr 1933 die Posten von abgesetzten oder verhafteten Bürgermeistern und Stadträten aus der Republikzeit, auch wenn sie keine entsprechenden Verwaltungs- und Fachqualifikationen mitbrachten. Mit der Wahl zum Stadtverordneten verschafften sie sich Zutritt zur Kommunalpolitik Berlins als einem für sie bislang unerreichbaren Interaktionsraum politischer Praxis und sozialer Absicherung. Die neu erreichte Funktion in den Stadt- und Bezirksverwaltungen ermöglichte ihnen einen bislang unabsehbaren sozialen und materiellen Aufstieg.

32 Ebd.

33 Christine Fischer-Defoy/Christiane Hoss (Hg.), Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945, Berlin 2006.

34 Vgl. Kreutzmüller/Wildt, Berlin, S. 19–38.

Auch Kasper nutzte die Chancen, die ihm sein Abgeordnetenmandat bot. Es war ein Sprungbrett für seine berufliche und politische Karriere nach 1933. Bereits vor seiner Wahl zum Stadtverordneten hatte er sich als selbstständiger Ingenieur in den führenden Wirtschaftskreisen Berlins einen Namen gemacht. Mit dem Eintritt in das Stadtparlament intensivierte er diese Kontakte und knüpfte neue Verbindungen in der Kommunalwirtschaft Berlins. Diese Netzwerke verhalfen ihm in der Phase der nationalsozialistischen Gleichschaltung zu Aufsichtsratsposten in verschiedenen städtischen Versorgungsbetrieben wie z. B. den Berliner Gaswerken (Gasag).³⁵ Parallel zu seinem Aufstieg in der Kommunalwirtschaft Berlins erweiterte er seinen parteipolitischen Einfluss. Dabei unterstützte ihn sein NS-Stadtverordnetenkollege Herbert Treff. Dieser hatte 1929 die kommunalpolitische Abteilung der NSDAP im Gau Berlin gegründet und leitete seit 1933 das Gauamt für Kommunalpolitik. Er setzte Kasper in dieser Parteidienststelle als Leiter der Abteilung Kommunalwirtschaft ein und unterstützte dessen Beförderung 1934 zum Leiter des Amtes für Technik im Gau Berlin.³⁶ In dieser Funktion verschaffte sich Kasper während der Umwandlung der Städtischen Wasserwerke AG in einen städtischen Eigenbetrieb 1937 den dortigen Posten des Direktors.

Karl Kasper gehörte als NSDAP-Stadtverordneter zu einer spezifischen Gruppe „Alter Kämpfer“. Sie setzte den politischen Straßenkampf der SA im Parlament fort. Im Unterschied zur Mehrzahl dieser paramilitärischen „Alten Kämpfer“ profitierte die parlamentarische Funktionselite langfristig von ihrem Engagement während der „Machtergreifung“. Die Parteiführung ermöglichte ihnen mit der Berufung zum Parlamentarier sehr zügig und unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation sozial aufzusteigen. Die langjährigen Beziehungen untereinander und die gemeinsamen Erfahrungen aus der „Kampfzeit“ beförderten ihre Karrieren nach 1933. Ausgehend vom Netzwerk der Stadtverordneten knüpften die parlamentarischen „Alten Kämpfer“ in Berlin neue Kontakte in der Kommunalverwaltung, die ihre Aufstiegsperspektiven entscheidend beeinflussen konnten.

III. Die Doppelkarriere – Gauamtsleiter für Technik und Direktor der städtischen Wasserwerke in Berlin (1934–1945)

Karl Kasper nutzte seine Chance. Als neuberufener Leiter der kommunalwirtschaftlichen Abteilung im Amt für Kommunalpolitik und des Amtes für Technik zeigte er, dass er nicht nur exzellent reden konnte, sondern auch ambitioniert

35 Tätigkeitsbericht Kasper an Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik Herbert Treff vom April 1935 (BArch, NS 25/194, Bl. 154). Schmidt, Wer leitet, S. 462.

36 Besetzung Gauamt für Kommunalpolitik Berlin von 1934 (BArch, NS 25/192, Bl. 124. NS 25/588).

gestalten wollte. Offiziell arbeitete er auch nach der nationalsozialistischen Machteroberung als selbstständiger Ingenieur weiter. Sein Dienst für die Partei war ein Ehrenamt. Er verdiente damit zunächst nicht seinen Lebensunterhalt, investierte aber viel Energie und Zeit in diese Tätigkeit.

Im Wirtschaftsleben der Stadt Berlin sowie in der Parteiführung hatte Kasper sich bereits Anfang der 1930er Jahre einen guten Ruf erarbeitet. Er galt als fleißiger und zuverlässiger Geschäftsmann, der seinen Verpflichtungen stets ordnungsgemäß nachkam. Als „Politischer Leiter“ bewies er großen Ehrgeiz und zeigte, dass er eigenverantwortlich handeln und sich gleichzeitig in die Parteihierarchie einordnen konnte.³⁷ Er verstand es, sich während gesellschaftlicher Anlässe sowie auf Parteiveranstaltungen durch sein redegewandtes und sozialkompetentes Auftreten, politisches Sendungsbewusstsein, technisches Fachwissen und betriebswirtschaftlichen Erfahrungen gekonnt zu präsentieren und anzubieten. Auf diese Weise machte er sich diverse einflussreiche Parteifunktionäre, Vertreter der Reichs- und Kommunalverwaltungen sowie der städtischen Versorgungswirtschaft gefällig. Kasper war sehr gut lokal vernetzt und selbst vernetzbar. Durch diese Kernkompetenz gehörte der langjährige und verdiente Parteifunktionär zu einer wichtigen Kadergruppe der NSDAP in Berlin. Als Multiplikator und Verbindungsglied zwischen Partei, Verwaltung und Wirtschaft trug er zur Konsolidierung und Stabilisierung der NS-Diktatur auf der lokalen Ebene bei.

Sofort nachdem die Stadtverordnetenversammlung mit dem „Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin“ 1934 aufgelöst war, ernannte Gauleiter Joseph Goebbels Kasper zum Ratsherren.³⁸ Das honorierte Gremium von insgesamt 45 Ratsherren ersetzte die gewählte Vertretungskörperschaft. Die Ratsherren waren als Einzelpersonen verpflichtet und hatten gemäß der Berliner Verfassung beratende Funktion. Sie schlugen altverdiente Parteifunktionäre für Stadt- und Bezirksstadtratsposten vor, unterstützten deren Berufung und verstärkten auf diese Weise die Einflussnahme der Partei auf die Kommunalverwaltung.³⁹ Karl Kasper wurde in seiner Funktion als Ratsherr in die Aufsichtsräte der städtischen Versorgungsbetriebe entsandt. Aus dieser Position heraus sollte er sie politisch überwachen.⁴⁰ Gleichzeitig griff er als neu berufener Leiter des Amtes für Technik in die Personalpolitik der städtischen Versorger ein, um diese stär-

37 Schreiben Industrie- und Handelskammer an Berliner Polizeipräsidenten vom 7.2.1931 (LAB, A Pr. Br.Rep. 030-06, Nr. 2589) und Schreiben Kasper an Hauptamt für Kommunalpolitik vom 14.10.1936 (BArch, NS 25/192, Bl. 35).

38 Engeli, Kommunalpolitiker, S. 138.

39 Rudolf Suthoff-Groß/Ernst Luther, Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin auf Grundlage des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 1. Dezember 1936, Berlin 1938; zum Einfluss der Ratsherren in der Kommunalpolitik Berlins: BArch, NS 25/193-197.

40 Schreiben Gauamt für Kommunalpolitik Berlin an Hauptamt vom 16.3.1935 (BArch, NS 25/193, Bl. 115-116) und Tätigkeitsbericht Kasper an Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik Treff vom April 1935 (BArch, NS 25/194, Bl. 154).

ker an die Partei zu binden und auf die energiepolitischen Ziele des Nationalsozialismus auszurichten.

Die Umstrukturierung des leitenden Personals in den städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie Verkehrsbetrieben gestaltete sich für ihn und seine Mitarbeiter indes kompliziert. Um sich einen Überblick über das gesamte leitende Personal dieser Betriebe zu verschaffen, legte er eine spezielle Kartei an. In dieser wurden alle Direktoren, ihre Stellvertreter, Prokuristen und Dienststellenleiter fachlich, politisch und „menschlich“ registriert. Kasper stellte auf diese Weise fest, welche „Männer aus der vergangenen“ Zeit in Kürze pensioniert, beurlaubt oder entlassen werden konnten. Ebenfalls ließ er die „tüchtigen Nationalsozialisten“ aus den Reihen der Altparteimitglieder auflisten, die für die leitenden Positionen entsprechend fachlich geeignet waren. Sein Ziel war es, das Leitungspersonal aus der Republikzeit zunehmend durch „Alte Kämpfer“ auszutauschen. Auf diese Weise setzte er die Kooperation der städtischen Versorgungsbetriebe mit den verschiedenen Parteidienststellen durch. Gleichzeitig belohnte er verdiente „Alte Kämpfer“ für ihre Unterstützung während der „Machtergreifung“ und förderte damit ihre weitere Aktivität für das System. In einem seiner Tätigkeitsberichte aus dem Jahr 1935 hielt er fest: „Es wird alles getan, um diesen Parteigenossen [den ‚Alten Kämpfern‘, Anm. d. Verf.], sobald sie eingearbeitet sind und es ersichtlich ist, dass sie die ihnen gestellten Aufgaben nicht nur lösen, sondern auch weiterstreben, das Fortkommen in bedeutend kürzerer Zeit als sonst – immer ihren Fähigkeiten entsprechend – zu ermöglichen.“⁴¹ In seiner Funktion als Abteilungsleiter im Amt für Kommunalpolitik war Kasper intensiv an dieser Einarbeitung und Weiterqualifizierung der Parteifunktionäre auf dem Gebiet der Kommunalwirtschaft beteiligt. Regelmäßig hielt er auf Gauschulungsabenden und Ortsgruppenversammlungen in Berlin sowie reichsweit Vorträge über „Berlins städtische Betriebe und Verkehr“.⁴²

Seit 1936 war es die zentrale Aufgabe Kaspers als Gauamtsleiter für Technik die Politik des Vierjahresplans in den städtischen Versorgungsbetrieben umzusetzen und diese den Anforderungen der Kriegsvorbereitung zu unterwerfen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1937 wandte sich die Partei verstärkt der Energiepolitik zu. Auf Anweisung von Fritz Todt, dem Leiter des Hauptamtes für Technik, sollte Gauamtsleiter Kasper die Energiewirtschaft in Berlin neu gestalten und Gauleiter Goebbels in allen Fragen der Energiepolitik beraten.⁴³ Kasper gestaltete die Energiewirtschaft um, in dem er zum einen die städtischen Betriebe zentralisierte und zum anderen versuchte, die angestellten Ingenieure und Arbeiter in eine „Betriebsgemeinschaft“ zu integrieren sowie politisch zu schulen. Er

41 Ebd., Bl. 158.

42 Ebd., Bl. 154 und Tätigkeitsberichte Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik Berlin an Hauptamt vom 18. 6. 1936 (BArch, NS 25/195, Bl. 276) und 15. 2. 1938 (BArch, NS 25/196, Bl. 104).

43 Vgl. Karl-Heinz Ludwig, *Technik und Ingenieure im Dritten Reich*, Düsseldorf 1979, S. 160–178.

war bemüht, die städtischen Werke und Betriebe zu „nationalsozialistischen Musterbetrieben“ umzuformen.⁴⁴ In Zeiten knapper Devisen sollten sie mittels technischer Innovationen über die Versorgung der privaten Haushalte hinaus, die Produktion kriegswichtiger Güter unterstützen. Die Betriebe waren angehalten, heimische und neue Werkstoffe zu beschaffen und zu verwenden. Die Berliner städtischen Gaswerke beispielsweise schufen moderne Anlagen zur Benzolgewinnung und bauten an einer Groß-Versuchsanlage zur Kohleverschwefelung. Sie unterstützten die Verwendung von Gas als Treibstoff für Großfahrzeuge, in dem sie Gasverdichtungsanlagen und fahrbare Tankstellen für Treibgas schufen. Kasper koordinierte bei der Umstellung auf Treibgas die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, den Betrieben sowie den städtischen Verkehrsbetrieben (BVG). Das Versuchslaboratorium in Tegel wurde zu einer Forschungsstelle ausgebaut. In dieser wurden verschiedenste Sicherungseinrichtungen geprüft. Auf dem Prüfstand wurden zudem Motoren verschiedener Größe und Bauart getestet, die mit Leuchtgas angetrieben werden sollten.⁴⁵

Zum 1. Januar 1937 hatte Kasper die städtischen Versorgungsbetriebe in Eigenbetriebe der Reichshauptstadt umgewandelt.⁴⁶ Dabei waren ihm sein Amt als Ratsherr und seine guten Kontakte in die Stadtverwaltung behilflich. Im Prozess der Umwandlung sicherte er sich den Posten als „Erster Werkleiter“ in den städtischen Wasserwerken Berlin. Seine kontinuierliche ehrenamtliche Parteiarbeit zahlte sich nun auch materiell für ihn aus. Verfügte er als selbstständiger Ingenieur 1933 noch über ein bescheidenes monatliches Bruttoeinkommen von rund 500 RM, verdiente er als Direktor der Berliner Wasserwerke und Vorstandsmitglied der Charlottenburger Wasser- und Industrierwerke mit monatlich 2 800 RM mehr als das Fünffache.⁴⁷

Zur mustergültigen Ausrichtung und Bewirtschaftung der kommunalen Versorgungsbetriebe im nationalsozialistischen Sinne gehörte für ihn auch die Führung der „Betriebsgemeinschaft“. In seiner doppelten Funktion als Direktor der städtischen Wasserwerke und Gauamtsleiter für Kommunalpolitik versuchte er die Belegschaft durch Schulungsabende und belehrende Führungen im betriebs-eigenen Museum auf die Unterstützung des Nationalsozialismus einzuschwören. In betrieblichen Sportvereinigungen und Kameradschaftsabenden sollte sie Gemeinschaftssinn und „Kameradschaftsgeist“ erleben.⁴⁸

44 Karl Kasper, Die Bedeutung der städtischen Versorgungsbetriebe im ersten Vierjahresplan. In: Berliner Kommunale Mitteilungen, 8 (1937) 9, S. 66–68, hier 66.

45 Tätigkeitsbericht Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik Berlin an Hauptamt vom 13. 8. 1935 (BArch, NS 25/194, Bl. 172).

46 Eine Ausnahme blieb die Berliner Kraft- und Licht-AG (Bewag). Eigenbetriebe waren Aktiengesellschaften, die durch die Umwandlung in unmittelbaren kommunalen Besitz gelangten. Vgl. Karl Kasper, Die Vereinheitlichung der Gasversorgung in der Reichshauptstadt. In: Berliner Kommunale Mitteilungen, 11 (1940) 11, S. 1.

47 Bericht 177. Polizeirevier an Polizeipräsidenten in Berlin vom 20. 11. 1930 (LAB, A Pr. Br. Rep. 030–06, Nr. 2589) und Meldebogen Kasper vom 20. 5. 1953 (LAB, B Rep. 031–02–01, Nr. 6102).

48 Kasper, Städtische Versorgungsbetriebe, S. 68.

Als Gauamtsleiter für Technik gehörte es nicht nur zu seinen Aufgaben, die im NS-Bund für Deutsche Technik (NSBDT) vereinigten Ingenieure, Angestellte und Arbeiter in den Kommunal- und Bezirksverwaltungen sowie den städtischen Betrieben zu kontrollieren und zu schulen. Kasper warb auch interessierte Jugendliche für technische Berufe und überzeugte qualifizierte Ingenieure davon, sich mit technischen Neuerungen für die Verwirklichung nationalsozialistischer Ziele zu engagieren.⁴⁹ In Kooperation mit dem Arbeitsamt Berlin und dem NS-Lehrerbund initiierte er 1938 eine Veranstaltungsreihe, in der von Kasper ausgewählte Ingenieure Schulabgänger über die Perspektiven des Ingenieurberufs informierten.⁵⁰

Während des Krieges war Kasper als Gauamtsleiter für Technik für die Rationalisierung der Energieversorgung mitverantwortlich. Seit Mitte Februar 1940 forderte ihn das Hauptamt dazu auf, vorhandene Arbeitskräfte, Werkzeugmaschinen und Werkräume aus den Berliner Betrieben zu melden. Kasper ließ die Produktionen daraufhin auf mögliche Rohstoffeinsparungen und Leistungssteigerungen von Ingenieuren und Werkmeistern, die zumeist „Politische Leiter“ der NSDAP waren, überprüfen. Mit der Ernennung Fritz Todts zum „Reichsminister für Bewaffnung und Munition“ im März 1940 wurde auch Kasper als Leiter des Gauamtes für Technik zum „Wehrkreisbeauftragten“ des Rüstungsministeriums ernannt. Todts Nachfolger Albert Speer richtete das Hauptamt für Technik seit 1942 zunehmend nach dem Nutzen für das Rüstungswachstum aus. Er untersagte alle Aktivitäten des Gauamtes, die keinen direkten Bezug zur Rüstungsindustrie hatten. Das dadurch frei gewordene Personal wurde direkt in die Industrie oder die Organisation der Rüstung übernommen. Um die Fertigung in den Betrieben zu rationalisieren sowie Material und Energie einzusparen, veranstaltete Kasper Fortbildungskurse im Gau Berlin. Als Speer 1942 dem Hauptamt für Technik die Abteilung „Erfindungsbetreuung“ angliederte, war Kasper im Gau Berlin dafür zuständig. Er sorgte dafür, dass die Erfindungen aus den staatlichen und privaten Betrieben unverzüglich in Produktionsfortschritte zur Steigerung der Rüstung umgesetzt wurden, ohne vorher patentiert zu werden. Die Erfinder sollten mit entsprechenden Prämien und Auszeichnungen dafür abgefunden werden. Gefragt waren sämtliche innovative Leistungen, die Waffen, Munition sowie Wehrgeräte effizienter machten und Rohstoffe, Energie sowie Arbeitskräfte einzusparen halfen.⁵¹ Nach Zeugenaussagen im Spruchgerichtsverfahren von Karl Kasper soll er neben seinen politischen Funktionen im Gau Berlin auch im Warthegau Wasserwerke personell betreut haben.⁵² Zeitgenössische Belege für diese Behauptung existieren nicht. Sowohl Leumünder als

49 Karl Kasper, Nachwuchsförderung durch die Stadt Berlin. In: Die Technik in den Gau- en Berlin und Kurmark, (1939) Heft 1, S. 8.

50 Artikel „*Ingenieure sprechen vor der Schuljugend*“. In: Charlottenburger Zeitung vom 1. 12. 1938 (BArch, NS 14/55).

51 Vgl. Ludwig, Technik, S. 189–203, 245–250.

52 Schreiben Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG in Liquidation an Spruch- kammer Wilmersdorf vom 1. 6. 1953 (LAB, B Rep. 031–02–01, Nr. 6102).

auch Belastungszeugen berichteten in dem Verfahren 1953, dass Kasper in den letzten Kriegstagen einem Führerbefehl, sämtliche Versorgungsanlagen Berlins durch Sprengungen zu zerstören, nicht Folge geleistet habe. Dafür sei er von Gauleiter Goebbels als Defätist beschuldigt worden.⁵³ Es ist anzunehmen, dass er durch die sich überstürzenden Ereignisse beim Einzug der Roten Armee in Berlin von einer Verfolgung durch die Gauleitung verschont blieb.

Karl Kasper wirkte zwischen 1933 bis 1945 als Ratsherr, Gauamtsleiter für Technik und Direktor der städtischen Wasserwerke an der Schnittstelle von Parteiführung und Berliner Bevölkerung. Er ist ein für Berlin typischer Vertreter der „Alten Kämpfer“, die nach 1933 sowohl innerhalb der Partei als auch in der Kommune Berlin Karriere machten und sozial aufstiegen. In ihren Funktionen verzahnten sie Partei, Stadtverwaltung und kommunale Wirtschaft miteinander. Auf diese Weise trugen sie dazu bei, große Teile der heterogenen Großstadtbevölkerung für die Ziele des Nationalsozialismus zu mobilisieren und in eine rassistisch definierte „Volksgemeinschaft“ zu transformieren.

IV. Das Karriereende!? Im Speziallager interniert – von der Spruchkammer rehabilitiert (1945–1953)

Am 2. Mai 1945 unterschrieb General Gerhard Weidling in Berlin-Tempelhof die Kapitulationsurkunde für die deutschen Truppen. Wenige Tage zuvor hatte die Rote Armee die Stadt erobert. Der sowjetische Stadtkommandant Nikolaj E. Besarin übernahm die Macht über das völlig zerstörte Berlin. Die Stadt lag in Trümmern. Über ein Drittel der Wohnräume war unbewohnbar. Die Straßen waren zu einem Großteil nicht befahrbar. S- und U-Bahnen standen still. Sämtliche Versorgungseinrichtungen für Strom, Gas und Wasser waren defekt.⁵⁴

Wie bereits während des Bombenkriegs setzten die Mitarbeiter der Berliner städtischen Wasserwerke auch in diesen Tagen die Wasserversorgung nach und nach wieder in Gang. Unter großen Schwierigkeiten beschafften sie Materialien, um die großen Schäden an den Pumpwerken und dem Rohrnetz zu beheben.⁵⁵ Wo aber war ihr Direktor Karl Kasper geblieben?

1945 war Kasper 58 Jahre alt. Seitdem er 1937 das Amt des „Ersten Werkleiters“ bei dem Städtischen Wasserversorger übernommen hatte, bewohnte der alleinstehende Mann ein Haus mit Garten in einem großbürgerlichen Viertel

53 Leumundszeugnisse Wilhelm Steppeler vom 20.5.1953 und Hans Eimert vom 6.4.1953; handschriftlicher Lebenslauf Karl Kasper vom 20.12.1952 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

54 Vgl. Reinhard Rürup (Hg.), Berlin 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1995.

55 Vgl. Albert Uter/Kurt Hünerberg, 100 Jahre Berliner Wasserversorgung 1856–1956, Berlin (West) 1956, o. S.

von Babelsberg.⁵⁶ Während die Berliner Ende Mai ihre Stadt wieder aufbauten und aufräumten, begann die sowjetische Besatzungsmacht die Bevölkerung von Nutznießern und Funktionsträgern der NSDAP zu „säubern“. Noch bevor die NSDAP und andere nationalsozialistische Organisationen mit dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 5 vom 12. Juli 1945 aufgelöst wurden, ordnete die Sowjetische Militäradministration (SMAD) Ende Mai erste Maßnahmen zur Entnazifizierung des Berliner Magistrats an.⁵⁷ In dieser Zeit verhaftete die Operativgruppe 20 des sowjetischen Geheimdienstes NKWD Kasper wegen seiner Funktion als Gauamtsleiter für Technik. Auf Grundlage des vom Volkskommissar für Inneres der UdSSR erlassenen Befehls Nr. 00315 vom 18. April 1945 gelangte Kasper ohne gerichtliche Untersuchung über diverse Gefängnisse in Pankow, Tegel und Lichtenberg in das sowjetische Speziallager Nr. 7/Weesow.⁵⁸ Während im Sommer 1945 sämtliche Hakenkreuzfahnen, nationalsozialistischen Symbole und Straßennamen aus dem Stadtbild entfernt wurden, lief Karl Kasper mit den anderen Internierten des aufgelösten Speziallagers Weesow zu Fuß nach Oranienburg. Er gehörte zu den ersten Gefangenen, die der NKWD im August 1945 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen im neugegründeten Speziallager Nr. 7/Nr. 1 internierte. Nach sowjetischen Akten war Kasper einer von 157 000 Häftlingen, die zwischen 1945 und 1950 in den sowjetischen Internierungslagern einsaßen.⁵⁹ Jeder Zehnte der Berliner NSDAP-Stadtverordneten und -Kreisleiter wurde von NKWD-Gruppen verhaftet und in wenigstens einem der insgesamt zehn Speziallager interniert.

Das Einzelschicksal war in diesen Speziallagern bedeutungslos. Der im nationalsozialistischen Berlin sehr gut vernetzte und arbeitsrege Funktionär Kasper lebte in Sachsenhausen plötzlich völlig isoliert von der Außenwelt. Die Lagerleitung verbot jeglichen Schriftverkehr und Besuch. Kasper war in starkem Kontrast zu seinem Leben in Berlin nun zur absoluten Untätigkeit gezwungen. Durch die unzureichende und einseitige Verpflegung, die schlechten hygienischen Bedingungen und mangelnde medizinische Versorgung erkrankte er an Lungentuberkulose.

Die zunehmende Konfrontation und Blockbildung der Alliierten 1948/49 führten zu einer neuen Phase der Entnazifizierungspolitik. Die strafrechtliche Säuberungspraxis stand im Widerspruch zu der von den beiden konkurrierenden deutschen Teilstaaten gewünschten gesellschaftlichen Integration und Konsolidierung. Im Januar 1950 begann auf Befehl des Innenministers der UdSSR,

56 NSDAP-Personalunterlagen Karl Kasper (BArch, PK F 0295, Bl. 443).

57 Rürup, Berlin, S. 143–144; siehe auch Gerhard Keiderling, Von Säuberungen, „Persilscheinen“ und Mitläufern. Der Beginn der Entnazifizierung in Berlin 1945. In: *Berlinische Monatsschrift*, 6 (1997) 3, S. 115–118.

58 Strafurteil Landgericht Chemnitz vom 20. 5. 1950 (BStU, Abt. XII RF 464, S. 26). Vgl. Sergej Mironenko u. a. (Hg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950*, Band 1: Studien und Berichte, Berlin 1998.

59 Alexander von Plato, Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland. In: Mironenko u. a. (Hg.), *Sowjetische Speziallager*, S. 19–75, hier 34.

Generaloberst Sergei Kruglov, die Auflösung der letzten drei Speziallager Buchenwald, Bautzen und Sachsenhausen. Kasper war einer von 3 432 Internierten, die im Februar 1950 dem Innenministerium der DDR übergeben und in den Waldheimer Prozessen nachträglich verurteilt wurden.⁶⁰ Das Landgericht Chemnitz verurteilte Kasper ohne genaue Einzelfallprüfung im Mai 1950 wegen „Förderung des NS-Gewaltregimes“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu 20 Jahren Zuchthaus. Sein Vermögen wurde eingezogen, die Kosten hatte er zu tragen.⁶¹ Bis zu diesem Zeitpunkt war Kasper ein wohlsituerter Mann. Sein Eigenheim und das Gartengrundstück in Babelsberg bei Potsdam hatten einen Gesamtwert von 20 000 RM. Die Möbel aus seinem Herren-, Schlaf- und Fremdenzimmer waren erhalten geblieben. Sie hatten einst 6 000 RM gekostet. Auf seinen Konten bei der Bank für Beamte und der Sparkasse Berlin lagen insgesamt 10 000 RM.⁶²

Während seiner Haftzeit blieb Kasper unauffällig. Er lebte in Gemeinschaftshaft und war, obgleich als arbeitsfähig eingestuft, nicht zur Arbeit eingesetzt. Er soll sich „korrekt“ verhalten haben und war nicht von Sanktionen betroffen. In Waldheim bekam er halbjährlich Besuch von seiner Freundin Hedwig Blessing. Beide schrieben sich regelmäßig Briefe, und sie schickte ihm „Liebespäckchen“.⁶³

Im Zeichen der Blockkonfrontation und Systemintegration entließ das SED-Regime bereits ab September 1952 insgesamt 996 der in Waldheim Verurteilten.⁶⁴ Auch Kasper war aufgrund des Gnadenerlasses seit Oktober 1952 ein freier Mann. Kurz nach seiner Entlassung floh er nach Berlin (West). Dort bescheinigte ihm der Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens die Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt in Berlin (West) und dem Bundesgebiet. Der Beauftragte der Bundesregierung begründete seinen Entscheid damit, dass Kasper als ehemaliger Speziallager-Internierter und Waldheim-Verurteilter nach wie vor in seiner persönlichen Freiheit gefährdet sei.⁶⁵ In der Systemkonkurrenz zur DDR war der Umgang der Bundesrepublik mit solchen ehemaligen NS-Funktionsträgern wie Kasper davon geprägt, sich von dem diktatorischen SED-Regime und seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus abzugrenzen.⁶⁶ Die

60 Ebd., S. 42.

61 Waldheimer Prozessakte Karl Kasper von 1950 (BStU, Abt. XII RF 101, Bl. 19, 20, 22).

62 Ebd., Bl. 3 und Meldebogen Kasper vom 20. 5. 1953 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

63 Waldheimer Prozessakte von 1950 (BStU, Abt. XII RF 101, Bl. 44).

64 Wilfriede Otto, Die Waldheimer Prozesse. In: Mironenko u. a. (Hg.), Sowjetische Speziallager, S. 533-553, hier 551.

65 Bescheinigung Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens Berlin an Kasper vom 18. 10. 1952 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

66 Siehe Christoph Classen, Was bleibt vom „Dritten Reich“? Der Umgang mit dem Nationalsozialismus im geteilten Nachkriegsdeutschland. In: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hg.), Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 311-330; Martin Sabrow, Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur. In: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche

Notaufnahme in der Bundesrepublik eröffnete Kasper bis dahin ungeahnte Möglichkeiten, sein Leben nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus neu zu gestalten.

Im August 1953 verhandelte die Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf den Fall Karl Kasper. Seine zu Beginn zitierte Stellungnahme vor der Kammer erlaubt einen Einblick in den persönlichen Auseinandersetzungsprozess eines „Alten Kämpfers“ mit seiner Vergangenheit. Sie zeigt das persönliche Dilemma, in dem neben Kasper viele der lokalen NS-Funktionsträger nach 1945 steckten. Einerseits trennte er seine fachliche Funktion im Nationalsozialismus von seiner politischen Handlung und dem System. Damit wies er jede Verantwortung für begangenes Unrecht, Gewalt und Verbrechen von sich. Andererseits räumte er ein: „Es war nicht zu vermeiden, daß ich auch Politisches gesprochen habe“.⁶⁷ Er gab zu, Systemträger gewesen zu sein und weckte Verständnis dafür, dass sein Alltag politisch und die Politik natürlicher Bestandteil seines Lebens war. Seine Stellungnahme vor der Spruchkammer verdeutlicht, dass sein persönliches Unrechtsbewusstsein nicht sehr ausgeprägt war. Er präsentierte sich als eifriger und motivierter Ingenieur, der aus Idealismus der NSDAP beigetreten war und nur eine ausführende Person gewesen sei.

Sein Selbstbild zu Beginn der 1950er Jahre bekräftigten auch viele der Zeugen, die über Kasper im Verfahren aussagten. So kritisch diese Leumundszeugnisse über ehemalige NSDAP-Funktionäre nach 1945 hinsichtlich ihrer exkulpatorischen Intention heute gelesen werden müssen, so ernst müssen sie dennoch genommen und in ihrem entsprechenden Kontext bewertet werden. Auch diese Quellen können dabei helfen ein differenzierteres Bild von den Menschen zu zeichnen, die den Nationalsozialismus aktiv unterstützt und gestaltet haben.

Das soziale Netz von Kasper aus seiner Zeit als NS-Lokalfunktionär existierte auch nach den Jahren der Isolation im Speziallager und der Haft in der DDR. Überwiegend Männer aus seinem ehemaligen dienstlichen Umfeld als Direktor der städtischen Wasserwerke sprachen sich vor der Spruchkammer für ihn aus. Diese Leumünder waren in der Mehrheit ehemalige leitende Angestellte aus den diversen Wasserwerken, die in der Wasserwissenschaft und -Wirtschaft der Bundesrepublik wieder zu hohen Posten gelangt waren. Sie würdigten Kasper als einen bewährten und geschätzten Fachmann, der eigenverantwortlich im öffentlichen Interesse gehandelt habe und sich durchaus von Forderungen der Partei auf wirtschaftlich-technischem Gebiet distanzieren konnte. Eine weitere Gruppe von Entlastungszeugen aus seinem unmittelbaren Nahbereich leistete Kasper über Jahre hinweg treue Dienste. Seine ehemalige Sekretärin und seine Fahrer würdigten insbesondere seinen integeren und hilfsbereiten Charakter. Sie verhielten sich selbst mehrere Jahre nach Kriegsende noch loyal gegenüber ihrem ehemaligen Vorgesetzten. In ihren Aussagen zeigt sich, dass einige seiner engen

Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn 2005, S. 132–151.

67 Verhandlungsprotokoll vom 12. 8. 1953 (LAB, B Rep. 031–02–01, Nr. 6102).

Mitarbeiter in seiner Schuld standen. Einer der Kraftfahrer aus dem Fuhrpark der Wasserwerke berichtete davon, dass er Karl Kasper das Überleben seiner Ehefrau verdankte. Sie sei wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Zersetzung der Wehrkraft im Juni 1944 vom ersten Senat des Volksgerichtshofes zum Tod verurteilt worden. Kasper habe sich für ihre Begnadigung eingesetzt. Der Kraftfahrer gab an, von weiteren Fällen zu wissen, in denen Kasper helfend eingegriffen hätte. Andere alte Bekannte von Kasper, mit denen er bereits seit den 1920er Jahren engen Kontakt pflegte, unterstrichen in ihren Aussagen den im Rahmen des politischen Systems flexibel und eigensinnig agierenden Menschen Kasper. Er soll gemäßigt und zurückhaltend gegenüber den Juden aufgetreten sein. So habe er beispielsweise eine jüdische Familie in Berlin-Tempelhof durch Arbeitsaufträge unterstützt und wiederholt zum Essen eingeladen. Wie fragwürdig diese Heldenerzählungen sind und wie absurd die Argumentation der Leumünder teilweise war, zeigt auch die folgende Schilderung. Kasper soll dem Juden Max Meyer und seiner Frau 1938 bei der Gauleitung die Genehmigung für eine Geschäftsreise nach Paris beschafft haben, obwohl er gewusst habe, dass das Ehepaar emigrieren wollte. Die Juden zum Emigrieren zu drängen, war 1938 aber Kern nationalsozialistischer Judenpolitik.

Den wohlmeinenden Aussagen standen die der Belastungszeugen gegenüber. Es waren ehemalige leitende Angestellte aus den Charlottenburger Wasserwerken, die durch die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten oder durch Ihre Einberufung zur Wehrmacht deklassiert wurden und sozial abgestiegen waren. Sie machten Kasper für das ihnen widerfahrene Unrecht während des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges verantwortlich.⁶⁸

Der 8. Mai 1945 stellte das bisherige Leben von Karl Kasper – wie das von vielen NS-Funktionären – in Frage. Die strafrechtliche Verfolgung nötigte Kasper und seine alten Bekanntschaften dazu, ihre Positionen im Nationalsozialismus zu reflektieren. Die zu Beginn zitierte Aussage von Kasper vor der Spruchkammer Wilmersdorf ist typisch für die Selbstwahrnehmung der Berliner NS-Stadtverordneten und -Kreisleiter nach 1945. Seine Parteiaktivität, sein sozialpolitisches Denken und seine gesellschaftliche Position im Nationalsozialismus waren für ihn natürliche, ja selbstverständliche Bestandteile seines öffentlichen Lebens und seiner Biographie. In seinen Stellungnahmen vor der Kammer zeigt sich, dass er darum bemüht war, im neuen Staatssystem nicht aufzufallen und eine neue soziale Position darin zu finden.

Die Teilung Berlins sowie Deutschlands und die Politik der beiden deutschen Teilstaaten im Zeichen des Kalten Krieges waren ihm dabei behilflich. Er profitierte vom restaurativen Zeitgeist der Bundesrepublik und der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West in den frühen 1950er Jahren.⁶⁹ Anfang September

68 Vgl. Aussagen Richard Frenzel, Clemens Kischitzki und Max Beyer im Verhandlungsprotokoll vom 12. 8. 1953 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

69 Siehe Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999.

1953 erreichte Kasper ein Schreiben der Spruchkammer Wilmersdorf. Es bescheinigte ihm seine Rehabilitation. Sein Verfahren war eingestellt worden. Kasper lebte zu dem Zeitpunkt im niederbayrischen Mainburg. Er war arbeitslos und lebte von wöchentlich 23 DM Sozialunterstützung. Trotz seiner geringen finanziellen Mittel prozessierte er gegen die Charlottenburger Wasserwerke. Er klagte auf ein Ruhegeld in Höhe von monatlich 1 000 DM.⁷⁰ Die Fragen, ob Kasper in dem Rechtsstreit erfolgreich war und inwiefern er die Schlussstrichmentalität der Zeit sowie seine alten Berliner Kontakte nutzte, um sein weiteres Leben zu gestalten, müssen offen bleiben. Diesbezügliches Quellenmaterial fehlt.

Für Karl Kasper und die große Mehrheit der ehemaligen Berliner NSDAP-Stadtverordneten und -Kreisleiter bedeutete der Zusammenbruch des Nationalsozialismus den Tiefpunkt in ihren beruflichen und politischen Karrieren. Obwohl sie bei Kriegsende 1945 im Durchschnitt mit 55 Jahren noch gut 10 Arbeitsjahre vor sich hatten, besaßen nur Wenige von ihnen die physischen und mentalen Reserven, sich beruflich wieder zu etablieren oder neu zu orientieren.

V. Resümee

Karl Kasper ist ein typischer Vertreter einer lokalen NS-Funktionseelite mit spezifisch urbaner Prägung. Er gehörte zu den 86 NSDAP-Stadtverordneten in Berlin, die nach den Kommunalwahlen 1929 und 1933 den Nationalsozialismus flächendeckend in der Großstadt durchsetzten. Wie die Mehrheit dieser „Alten Kämpfer“ war Kasper kein gebürtiger Berliner. Er zog nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in die Industriemetropole, um dort als angestellter und selbstständiger Ingenieur zu arbeiten. Bevor er in die Großstadt übersiedelte, waren bei ihm nationalistisch-chauvinistische Überzeugungen, völkisch und sozialdarwinistische Ideen sowie politische Ambitionen ausgeprägt. 1925 trat Kasper der wieder gegründeten NSDAP in Berlin bei. In dieser Zeit waren in der Reichshauptstadt die krisenhafte Wirtschaftslage, die extremen sozialen und politischen Gegensätze besonders stark ausgeprägt und spürbar. Die Parteiführung ermöglichte den altgedienten Funktionären im Zentrum der Macht neue Perspektiven an verantwortungsvollen Positionen innerhalb der Partei- und Verwaltungshierarchie mitzugestalten und sozial aufzusteigen. Der selbstständige Ingenieur Kasper nutzte, wie die Mehrheit der Berliner NSDAP-Stadtverordneten und -Kreisleiter, seine Funktion während der „Machtergreifung“ als Sprungbrett für seinen weiteren sozialen und ökonomischen Aufstieg. Als Ratsherr in der städtischen Verwaltung, als Leiter des NSDAP-Gauamtes für Technik und als Direktor der Städtischen Wasserwerke funktionierte Kasper an wichtigen politischen Schalt- und Koordinationsstellen in der Reichshauptstadt. Er diente der

70 Schreiben Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG in Liquidation an Spruchkammer Wilmersdorf vom 1. 6. 1953 (LAB, B Rep. 031-02-01, Nr. 6102).

Parteiführung als Multiplikator und Verbindungsmann zur städtischen Bevölkerung, der lokalen Verwaltung und Wirtschaft. Solche Mehrfachkarrieren mit der Möglichkeit, sich vielfältig und breit gesellschaftlich zu vernetzen, waren ein besonderes Merkmal der lokalen NS-Funktionäre in Berlin. Denn die Reichs- und Preußische Landeshauptstadt war ein Zentrum der Partei- und Staatsverwaltungen von der obersten bis zur untersten Ebene. Ihr schrieb die Parteiführung eine politische Vorreiterrolle und Vorbildfunktion im Reich zu.

Mit dem Ende der NS-Diktatur waren sowohl die politischen als auch die beruflichen Karrieren der frühen Lokalfunktionäre abrupt und dauerhaft beendet. Die Mehrheit kehrte wie Kasper nach ihrer Verhaftung und Internierung durch die Alliierten nicht mehr zurück nach Berlin. Allein ihre alten Kontakte in der Hauptstadt überdauerten den Zusammenbruch und konnten den überwiegend alt gewordenen, kranken und verarmten Berliner „Alten Kämpfern“ bei ihrer gesellschaftlichen Neupositionierung behilflich sein.

Die Lebens- und Karriereverläufe der frühen Berliner NSDAP-Lokalfunktionäre zeigen, wie der Nationalsozialismus sich in der Großstadt durchsetzte, im Alltag funktionierte und welche Bedeutung er für das Leben seiner Träger besaß. Das Beispiel von Karl Kasper macht dies eindrücklich deutlich. Eine Vielzahl dieser Biographien ist noch immer unbekannt. Sie zukünftig verstärkt zu rekonstruieren und miteinander in Bezug zu setzen, wird der Forschung zur Stadtgesellschaft Berlins im Nationalsozialismus wichtige und neue Impulse geben.

